

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Roland Claus, Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, Karin Binder, Matthias W. Birkwald, Heidrun Bluhm, Steffen Bockhahn, Dr. Rosemarie Hein, Dr. Barbara Höll, Dr. Lukrezia Jochimsen, Harald Koch, Katrin Kunert, Caren Lay, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Michael Leutert, Stefan Liebich, Dr. Gesine Löttsch, Thomas Lutze, Kornelia Möller, Petra Pau, Jens Petermann, Ingrid Remmers, Dr. Ilja Seifert, Kersten Steinke, Sabine Stüber, Alexander Süßmair, Frank Tempel, Sahra Wagenknecht, Halina Wawzyniak und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 17/7711 –**

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2011

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Obwohl die Ostdeutschen in den zurückliegenden gut zwei Jahrzehnten unter solidarischer Begleitung der Westdeutschen große Leistungen dabei erbracht haben, sich in zunächst völlig neue gesellschaftliche, politische und ökonomische Strukturen einzubringen und zu integrieren, klafft auch im 21. Jahr der deutschen Einheit eine erhebliche Lücke in der ökonomischen Leistungskraft und in den sozialen Verhältnissen zwischen Ost und West. Dies konstatiert auch der vorliegende Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2011. Eine anhaltend doppelt so hohe Erwerbslosenquote, eine Einkommenshöhe von lediglich gut 80 Prozent des Westniveaus, die anhaltende Rentenungerechtigkeit, ein doppelt so großer Niedriglohnsektor in den ostdeutschen Bundesländern werden dem grundgesetzlichen Auftrag gleichwertiger Lebensverhältnisse in der gesamten Bundesrepublik Deutschland nicht gerecht. Im Gegenteil: Die tatsächliche Politik der Bundesregierung zieht gerade im Osten Deutschlands gravierende Folgen nach sich. Der ausufernde Niedriglohnsektor führt einerseits zu weitverbreiteter Kinderarmut in den ostdeutschen Bundesländern, andererseits ist eine zunehmende Altersarmut im Entstehen begriffen. So ist die Lebenserwartung männlicher ostdeutscher Niedriglohnempfänger in den zurückliegenden zehn Jahren um 3,8 Jahre zurückgegangen.

Anstatt den Erfahrungsvorsprung der Ostdeutschen, etwa beim Stadtumbau, beim Vorantreiben erneuerbarer Energien, bei der Vereinbarkeit von Familie und Arbeit, bei der flächendeckenden Gesundheitsversorgung und der Mobilität in ländlichen Räumen zu nutzen und im Westen fruchtbar zu machen, wird die Bundesregierung im Jahr 2012 bei für die ostdeutsche Entwicklung ent-

scheidenden Programmen wie etwa der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und bei der Städtebauförderung Kürzungen vornehmen.

Eine Idee, geschweige denn ein schlüssiges Konzept dafür, wie es gelingen kann, Ostdeutschland auf ökonomische und soziale Augenhöhe zu heben und gleichwertige Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland herzustellen, stellt die Bundesregierung in ihrem Bericht nicht vor. Stattdessen verabschiedet sich die Bundesregierung klammheimlich von den an sie selbst gestellten und im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP festgeschriebenen Ansprüchen bezüglich Ostdeutschlands. Von einer Vereinheitlichung der Rentenberechnung Ost und West noch in dieser Legislaturperiode jedenfalls hat sich die Bundesregierung offenbar verabschiedet. Das wäre ein offener Bruch des Koalitionsvertrages zwischen CDU, CSU und FDP.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. einen Gesetzentwurf zur Beendigung noch bestehender Benachteiligungen Ostdeutscher beim Rentenrecht vorzulegen;
2. in zukünftig vorzulegenden Gesetzentwürfen wie etwa zur Einführung eines Mindestlohns die Trennung von Ost und West aufzuheben und eine Gleichbehandlung der Bürgerinnen und Bürger in Ost und West vorzunehmen;
3. den ostdeutschen Erfahrungsvorsprung beim sozial-ökologischen Umbau, dem Ausbau der erneuerbaren Energien, der Kinderbetreuung, der Gesundheitsversorgung und der Mobilität in ländlichen Räumen für alle Bundesländer zu nutzen.

Berlin, den 13. Dezember 2011

Dr. Gregor Gysi und Fraktion